

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Vertrieb: Amt Dresden Nr. 31307
Zell. Nr.: Elbgaupresse Bismarck

mit Loschwiger Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokonto Bismarck Nr. 658
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Bismarck, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Gostwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Bismarck. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kunstl. Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. Anzeigen werben die 6-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4-spaltige Petit-Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Abbestellungsfrist: 6. verpät. Zahlung, Kasse od. Kontof. d. Druckgebers.

Redaktion und Expedition
Bismarck, Loschwiger Str. 4
81. Jahrgang

VII. 2

Sonntag, den 3. Januar

1925

Marx erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt

Parlamentarisches oder — überparteiliches Kabinett? — Heute Besprechung mit den Fraktionsführern. — Die Rote der Botschafterkonferenz bereits in den Händen der Berliner Gesandten. — Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wieder ins Stocken geraten.

Der Auftrag an Marx

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers trafen gestern nachmittags die Reichsminister zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Ueber das Ergebnis dieser Besprechungen hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstattet. Daraufhin hat der Reichspräsident dem Reichskanzler Marx beauftragt, nochmals mit den Führern der Reichstagsfraktionen in Verbindung zu treten, sie wegen des Ernens der politischen Lage und zur Vermittlung einer überparteilichen Regierung auf die dringende Notwendigkeit der sofortigen Bildung einer auf tragfähiger parlamentarischer Mehrheit ruhenden Reichsregierung hinzuwirken und ihnen eine entsprechende Empfehlung der bisherigen Verhältnisse ihrer Fraktionen zur Regierungsabklärung zu empfehlen.

Der Kanzler wird daraufhin am Sonnabend um 11 Uhr vormittags die Führer der Regierungsparteien, mittags 11 Uhr die Führer der Deutschnationalen und nachmittags 4 Uhr die der Sozialdemokraten empfangen.

Die Note der Botschafterkonferenz Erfolgreiche Zustimmung

Die Note der Botschafterkonferenz über die Berliner Zone ist den alliierten Botschaftern in Berlin ausgestellt worden. Die wahrscheinlich am Montag den Reichsaussenminister Dr. Stresemann überreichen werden.

Eine zweite Note in Aussicht gestellt

Die Aemter belae teilt mit: Die belgische Regierung habe ihrem Berliner Vertreter Belangen für die Uebernahme der Note an den Reichskanzler überreicht, die ankündigt, daß die Alliierten über genügend zahlreiches positives Material verfügten, um der Meinung zu sein, daß die Berliner Zone nicht am 10. Januar geräumt werden könne. Die Vertreter der Alliierten werden sich am 10. Januar über die Uebernahme der Note in Einvernehmen setzen. Die alliierten Mächte beabsichtigen nach Prüfung des vollständigen Berichtes der interalliierten Kontrollkommission über den Stand der deutschen Entlassung dem Kanzler später eine zweite Note zu überreichen. — Davaß bestätigt diese Meldung.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses

Heute, Sonnabend, tritt der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um den Bericht des Reichsaussenministers über die politische Lage entgegenzunehmen.

Die Frage der Abrüstungskonferenz

Präsident Coolidge ist nach einer Neutermeldung nicht für eine internationale Wirtschaftsa- und Abrüstungskonferenz unter Einfluß Deutschlands und Russlands, wie sie vom Senator Borah vorgeschlagen worden war. Coolidge ist der Ansicht, daß eine solche Konferenz ein zu weitgehendes Ziel zu verfolgen hätte, um praktische Ergebnisse erzielen zu können.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen verschoben

Wie die „Journee Industrielle“ berichtet, ist die für gestern geplante Vollendung der deutsch-französischen Handelsvertrags-Delegationen auf später verschoben worden. Lediglich die Sachverständigen legen ihre Arbeiten fort. Dem Blatt zufolge haben Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Finanzminister

Die interalliierten Kriegsschulden

Amerika prüft die französische Note

Während der Prüfung der französischen Note, die einen formellen Vorschlag zur Regelung der Kriegsschulden unterbreitet, wünscht die amerikanische Regierung keine Erklärung abzugeben. Aber sie gibt ihrer Genehmigung Ausdruck, daß die verschiedenen Erörterungen über eine Regelung einer konkreten französischen Vorschlag zur Lösung haben und weiter über die inoffiziellen Meldungen aus London, wonach England einer Regelung zustimmen würde, die Frankreich mildere Bestimmungen aufzulegen, als wie sie mit England abgeschlossen wurden.

„Inoffiziell“?

Davaß veröffentlicht folgende offizielle französische Nachricht: Die Mitteilungen, die in New York über die Vorschläge verbreitet werden, die Ministerpräsident Derrid am 28. Konsolidierung der französischen Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten dem amerikanischen Botschafter Derrid gemacht habe, entsprechen nicht den Tatsachen, besonders die bezüglich der Fristen der Rückzahlung angeführten Ziffern sind nicht richtig. Die dem Botschafter der Vereinigten Staaten übergebene Note enthält übrigens nur Vorschläge, die keinen offiziellen Charakter haben.

England will einen Kuhhandel nicht mitmachen

Der amtliche englische Kundendienst meldet: Die britische Regierung hält in der französisch-amerikanischen Schuldverregulungsfrage an dem Standpunkte fest, den Churchill in der Unterhausdebatte vom 10. Dezember dargelegt hat, und zwar, daß Englands Schuldner die Rückzahlung in gleichem Maße an England leisten müßten, wie sie von England an die Vereinigten Staaten leisten würden. Die britische Regierung fühle sich an ihre Abmachungen mit

den Vereinigten Staaten gebunden. Die Vereinigten Staaten könnten mit Frankreich beliebige Abmachungen treffen, ohne daß England dagegen Einspruch erheben würde. Die englische Regierung behalte sich jedoch vorbehalten, auch ihrerseits mit Frankreich ein Abkommen zu treffen, ganz unabhängig von den Bedingungen, die Frankreich von den Vereinigten Staaten gewährt würden.

Eine freundschaftliche englische Note

Daily News zufolge wurde dem amerikanischen Botschafter eine lange, äußerst freundschaftlich gehaltene Antwortnote auf die Mitteilung der amerikanischen Regierung in der Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten an den nach dem Dawes-Plan ansammelnden Reparationen überreicht und darauf von ihm nach Washington übermittelt. — Dem Blatt nach erwarten britische Politiker aller Parteien eine maßgebende Erklärung der französischen Regierung über ihre Haltung in der Frage der französischen Schulden an England. Niemand nimmt an, daß Churchill mit neuen Vorschlägen für die Bezahlung dieser Schulden nach Paris gehe. Unrichtige Kreise glauben, daß Frankreich ernstlich beabsichtigt, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Washington stellt sich unwillig

Wie Reuters aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement keine Mitteilung erhalten, daß Großbritannien, wie aus London berichtet wurde, einverstanden sei, daß Frankreich für die Zahlung seiner Kriegsschulden günstigere Bedingungen erhalte, vorausgesetzt, daß die britischen Zahlungen in gleicher Weise geregelt würden.

Beitragt!

Die Konferenz der alliierten Finanzminister, die nach wiederholter Verschiebung am 8. d. Mts. beginnen sollte wird erst am 7. Januar in Paris aufammentreten.

Außer Rag befand sich auch die kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Ruth Fischer nebst verschiedenen anderen deutschen und russischen Kommunisten in Wien. Auf die Nachricht von der Verhaftung des Wg. Rag verließen die nach Wien gekommenen Kommunisten die Stadt fluchtartig, teilweise unter Zurücklassung eines Teiles ihres Reisegepäcks.

Die Reichsrichtzahl

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Wohnung, Beleuchtung und Bekleidung) für den 30. Dezember 1924 ist nach den Feststellungen des Statistischen Amtes mit 122,9 v. D. gegenüber der Vorwoche mit 122,8 v. D. nahezu unverändert geblieben. Auch für den Durchschnitt des Monats Dezember ist gegenüber dem November mit 122,5 nur eine unwesentliche Steigerung auf 122,8 v. D. festzustellen. Die Richtzahl für Ernährungs-kosten allein beträgt im Durchschnitt Dezember 136.

Der Großhandelsindex

Die Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes ist im Durchschnitt Dezember gegenüber dem Durchschnitt November von 128,5 um 2,2 v. D. auf 130,7 gestiegen. Die auf den 30. Dezember 1924 berechnete Großhandelsrichtzahl lautet, wie bereits gemeldet, gleich 134,8 v. D.

Die Regierungsfrage wieder akut

Reichskanzler Dr. Marx, der wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, ist nunmehr von dem Reichspräsidenten abermals beauftragt worden, die Möglichkeiten der Regierungsabklärung zu prüfen und eventuell die Bildung des neuen Kabinetts selbst zu übernehmen. Dr. Marx hat nach einer heute früh eingetroffenen Meldung diesen Auftrag angenommen. Er wird in seiner Ausführung wohl wieder zuerst mit den Führern der Deutschnationalen Volkspartei in Verhandlungen eintreten, um die bisherige Regierung durch deutschnationale Minister zu ergänzen. Ein nach rechts erweitertes Kabinett Marx würde jedoch nicht als Regierung der Mitte zu gelten haben, da die Demokraten sich in diesem Falle an der Koalition nicht beteiligen würden. Augenblicklich ist es jedoch verfrüht, irgendwelche Voraussetzungen zu machen, da die letzte Entscheidung bei den Reichstagsfraktionen liegt, die am heutigen Sonnabend vollständig in Berlin versammelt sein werden. Eine grundsätzliche Entscheidung ist jedoch keinesfalls vor Montag zu erwarten.

Dr. Marx wird sowohl nach der gesamten politischen Lage wie nach Auffassung der maßgebenden parlamentarischen Kreise darauf angewiesen sein, im engsten Einvernehmen mit dem Außenminister Dr. Stresemann vorzugehen. Einigermassen auffallend ist der Umstand, daß bis jetzt noch keines der führenden politischen Blätter Veranlassung genommen hat, zu der Regierungsfrage neuerdings Stellung zu nehmen. Das Zentrumsblatt, die „Germania“, verhält sich ebenso zurückhaltend wie die volksparteiliche „Zeit“, die ihr Augenmerk auf die gegenwärtige außenpolitische Situation richtet. Auch im Lager der Deutschnationalen bewahrt man strengstes Stillschweigen und läßt schon jetzt durchblicken, daß die deutschnationale Partei nicht eher zu der Regierungsfrage Stellung nehmen wird, bis von Seiten der anderen Parteien an sie herantreten werde. Die Gegner einer Regierung des Bürgerblods behaupten, daß die gegenwärtige außenpolitische Lage es unbedingt erforderlich mache, von einer Rechtsorientierung der Regierungspolitik abzusehen, da sonst die Probleme der Räumungsfrage und der Militärkontrolle den Charakter eines Streitiges um das Prestige annehmen werden, bei dem Deutschland möglicherweise gezwungen wäre, den kürzeren zu ziehen. Zur Liquidierung der gegenwärtigen außenpolitischen Schwierigkeiten sei es unbedingt erforderlich, unnötige Komplikationen zu vermeiden, die dadurch eintreten müßten, wenn die gegenwärtige französische Regierung ihr Vorgehen damit rechtfertigen wolle, daß in Deutschland der reaktionäre Kurs festgelegt habe.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei den bevorstehenden Regierungsverhandlungen gewisse Ueberraschungen geben wird, da die Entscheidung nach wie vor beim Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei liegt. Wenn diese beiden Parteien an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten sollten, so würde man wahrscheinlich gezwungen sein, zur Bildung einer überparteilichen Regierung zu schreiten, die ausschließlich die Aufgabe haben würde, die gänzlich aus dem